

Zosener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Freitag, 1. Mai.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittag angenommen.

1874.

Verleger: C. J. Neumann, Neudamm-Str. 14, in Berlin.
Druck: bei Herrn J. Neumann, Neudamm-Str. 14, in Berlin.
G. J. Neumann & Co.

Abnehmer: Bureau's
In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen, Rudolph Höber, in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Reilmeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Fabath.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Berlin 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 30. April. Der Kaiser hat die ständigen Hilfsarbeiter im Reichskanzler-Amt Carl Friedrich Wilhelm Kurzwig und Adolph Carl Simbel zu Kaiserl. Reg.-Räthen, im Namen des Deutschen Reiches, den Dr. jur. J. H. Focke zum Konsul des Deutschen Reiches in Hiogo-Osaka (Japan) ernannt.

Der König hat den ersten Lehrer Vater am Schullehrer-Seminar in Bromberg zum Seminar-Direktor ernannt, und dem Kaufm. Brunau in Elbing den Charakter als Kommerzienrath verliehen.

Dem Seminar-Direktor Vater ist die Direktion des evangelischen Schullehrer-Seminars zu Bromberg übertragen, der bish. R. Eisenbahnmeister Philipp Günter zu Harburg zum R. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor ernannt und bei Neubauten im Verwaltungs-Bezirk der R. Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M., mit dem Wohnsitz daselbst, angestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 30. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde bei Berathung des Einnahmebudgets die Position von 16,500 Thren., als Reinertragniß der „Leipziger Zeitung“, nach lebhafter Debatte, bei der der Minister des Innern, v. Rottitz-Wallwitz, für die Haltung der „Leipziger Zeitung“ entschieden eintrat, genehmigt; der Antrag auf Streichung des Gehalts für den königlichen Kommissar bei der „Leipziger Zeitung“ wurde mit allen gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Brüssel, 30. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer antwortete der Finanzminister Malou auf den Vorwurf, den der Führer der Opposition, Frère Orban, in der Sitzung vom 28. d. gegen die vom Ministerium im Allgemeinen befolgte Politik und speziell gegen den Finanzminister erhoben hatte. Malou erklärte, das Ministerium habe bei Uebernahme der Geschäfte versprochen, eine nationale Politik zu befolgen, diesem Versprechen sei dasselbe streng nachgekommen und es werde darin auch ferner fortfahren und seine Politik nicht ändern. Das Land werde in aller Kürze darüber befragt werden, ob eine Aenderung der vom Ministerium eingehaltenen Politik nach seinen Wünschen sei. Der Minister hob dabei hervor, daß die Beziehungen Belgiens zu anderen Mächten niemals so freundlich und herzlich gewesen seien, wie im jetzigen Augenblick.

Konstantinopel, 30. April. Fürst Milan von Serbien ist heute Mittag hier eingetroffen und hat sofort nach seiner Ankunft dem Sultan einen Besuch abgestattet. Der Fürst begab sich darauf nach der hohen Pforte, wo er von dem Großvezir und sämtlichen Ministern bewillkommen wurde.

Athen, 29. April. Zaimis wurde gestern zum Könige berufen und mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Derselbe hat indeß diesen Auftrag abgelehnt und Comanduro zur Bildung eines neuen Ministeriums in Vorschlag gebracht, worauf letzterer heute vom Könige empfangen und mit der Kabinettsbildung beauftragt worden ist.

Vom Landtage.

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 30. April, 11 Uhr. Am Ministerisch: Dr. Achenbach und Graf zu Eulenburg mit mehreren Kommissaren.

Es sind eingegangen von den Ministern der Justiz und des Innern ein Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Homagial-Eides und von den Ministern der Finanzen und der Landwirtschaft ein Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von Schatzprümien für Vollbluts- und Zuchtprerde.

Die zweite Berathung des Expropriationsgesetzes steht vor dem 4. Abschnitt des 3. Titels (Enteignungsverfahren). Die §§ 40-44 enthalten die allgemeinen Bestimmungen bezüglich dieses Verfahrens.

Abg. Biesenbach und Genossen beantragen, diesem 4. Abschnitt einige Paragraphen hinzuzufügen, durch welche dem enteigneten Grundeigentümer, im Falle das Unternehmen in Folge irgend welcher Umstände aufgegeben oder das Grundstück zu dem Zwecke des Unternehmens entbehrlich wird, ein Vorkaufs- bezw. Wiederkaufsrecht eingeräumt wird. Anspruch auf Wiederkauf und Vorkauf soll der enteignete Grundeigentümer des durch den ursprünglichen Erwerb verletzten Grundstückes haben und den Wiederkauf in solchem Falle zu jeder Zeit geltend machen können; befristet der Unternehmer das Dasein der oben angegebenen Bedingungen, so soll richterliche Entscheidung eintreten. Der Unternehmer kann aber den Eigentümer auffordern, sich über die Ausübung dieses Rechtes zu erklären und er verliert dasselbe, wenn er nicht binnen zwei Monaten diese Erklärung abgibt. Bei dem Wiederkauf zahlt der Eigentümer den ursprünglichen Kaufpreis nach Abzug der durch die bisherige Benutzung in dem Grundstücke entstandenen Wertberminderung, dagegen soll der Unternehmer keine Verbesserungen in Anrechnung bringen können, wohl aber die von ihm auf diesem Boden etwa errichteten Gebäude oder andere Anlagen hinwegnehmen.

Der Verkauf tritt ein, wenn der Unternehmer das entbehrlich gewordene Grundstück anderweit zu verkaufen Gelegenheit findet. Er hat diese Absicht, sowie den angebotenen Kaufpreis dem berechtigten Eigentümer anzuzeigen, welcher sein Vorkaufsrecht verliert, wenn er sich nicht binnen zwei Monaten darüber erklärt.

Unterläßt der Eigentümer die Anzeige, so kann der Berechtigte seinen Anspruch gegen jeden Besitzer geltend machen.

Abg. Tiedemann schlägt vor, dem enteigneten Grundeigentümer nur ein Wiederkaufsrecht einzuräumen, wenn der Zweck des Unternehmens nicht realisiert wird; er müsse sich aber binnen zehn Tagen erklären, ob er dieses Recht ausüben wolle. Dem letzteren Vorschlage tritt auch der Abgeordnete Windthorst (Bielefeld) bei, da es nicht mehr als billig sei, dem Grundeigentümer, im Falle das Unternehmen, welchem das Expropriationsrecht verliehen worden, ganz zerfließe, gegen Herausgabe der ihm gezahlten Entschädigung sein Eigentum zurückzugeben. Dagegen sprachen sich sowohl der Regierungskommissar Geh. Ober-Regierungsrath Duddenhausen als die Abgeordneten Miquel und Dr. Baehr, letzterer zugleich Namens der

Kommission, gegen beide Vorschläge aus. Der Abg. Miquel insbesondere hält es vom Standpunkte des Gesetzgebers für äußerst bedenklich, das Institut des Retracts- und Vorkaufsrechts, welches man als nachtheilig und überlebt in Deutschland bereits aufgehoben habe, an dieser Stelle wieder einzuführen. Das Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht geben zu Weiterungen und Chikanen vielen Anlaß; außerdem aber seien die Ansichten in Theorie und Praxis bezüglich dieser Materie sehr verschieden. Man müßte dieselbe daher von Grund aus regeln und in ein System bringen, was hier gar nicht möglich sei. Es empfehle sich deshalb, die Anträge der Abgg. Biesenbach und Tiedemann abzulehnen. Die Ablehnung wird hierauf beschlossen.

Es folgt Titel IV. „Wirkungen der Enteignung“ (§§ 45-50), nach welchem mit Zustimmung des Enteignungsbeschlusses das Grundstück an den Unternehmer übergeht; über die Entschädigungssumme für Grundstücke, die zu einem Fideikommiß- oder Stammgute gehören, darf nur nach den Vorschriften verfügt werden, welche in den verschiedenen Landesstellen für derartige Güter und die an deren Stelle tretenden Kapitalien maßgebend sind.

Titel V. (§§ 51-55) enthält die besonderen Bestimmungen über Entnahme von Wegebaumaterialien, nach welchen sich jeder gefallen lassen muß, daß Feld- und Bruchsteine u. s. w. von seinen Grundstücken gegen Entschädigung entnommen werden, wenn sie nicht anders in angemessener Nähe zu beschaffen sind. In Ermangelung gültlicher Einigung hat der Landrath zu entscheiden.

Abg. v. Benda beantragt diese Paragraphen gänzlich zu streichen, da sie nicht in ein Expropriationsgesetz, sondern in die allgemeine Wegeordnung gehören.

Geh. Rath Jacobi widerspricht der Streichung entschieden; denn es empfehle sich, diese Angelegenheit für die ganze Monarchie gleichmäßig zu regeln, während jetzt für die alten und neuen Provinzen ganz verschiedene Grundsätze gelten.

Die Abgg. Miquel und v. d. Goltz empfehlen trotzdem die Streichung, weil man eine Belastung des Grundbesitzes auf die ganze Monarchie ausdehne, die früher nicht stattfand.

Der Handelsminister protestirt gegen die Streichung, weil es sich hier jedenfalls um eine Expropriation, wenn auch im Interesse des Wegebaues handelt.

Nachdem der Referent Dr. Baehr erklärt, daß diese Bestimmungen wohl in ein Expropriationsgesetz gehörten und daß auch in der Kommission gar kein Zweifel darüber bestanden hätte, werden die §§ 51-53 angenommen.

Nur zu § 54, der in Ermangelung einer gültlichen Vereinbarung dem Landrath die Entscheidung zugestehet, beantragt Abg. Thomßen den Kreisausschuß an die Stelle des Landrathes zu setzen; ferner soll der binnen 10 Tagen gestattete Rechts nicht an die Regierung, sondern an das Verwaltungsgericht gehen. — Der Abg. Thomßen zieht diesen Antrag jedoch zurück, da durch folgenden, von den Abgeordneten von Benda, Lasker und Genossen beantragten Zusatzparagraphen seine Absicht erreicht wird: § 56a. Im Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 und in den Hohenzollernschen Landen werden die durch dieses Gesetz den Bezirksregierungen beigelegten Befugnisse und Obliegenheiten, a. soweit dieselben in den §§ 5, 16, 19 bis 21, 25 und 28 enthalten sind, von den Präsidenten der Bezirksregierungen, b. soweit dieselben in den §§ 3, 4, 22, 33 bis 37 und 43 enthalten sind, von den Verwaltungsgerichten, c. soweit dieselben in den §§ 30 und 54 enthalten sind, von den Kreis-ausschüssen, beziehungsweise in den Stadtkreisen von den Magistraten, und in den hohenzollernschen Landen von den Amtsausschüssen wahrgenommen. Die in Gemäßheit des § 3 von dem Verwaltungsgericht zu treffende Entscheidung erfolgt auf das Gutachten des Kreis-ausschusses, beziehungsweise des Magistrats in den Stadtkreisen, und des Amtsausschusses in den hohenzollernschen Landen.

Dieser § 56 a., sowie folgender vom Abg. Miquel beantragter § 56 b.: „In der Provinz Hannover ist als Enteignungskommissar der Amtshauptmann, beziehungsweise in den selbständigen Städten ein Mitglied des Magistrats zu ernennen. Die im § 30 dieses Gesetzes bezeichneten Befugnisse werden von der Lokalobrigkeit wahrgenommen“, werden angenommen.

Es folgt dann noch der Titel VI, der die Schluß- u. Uebergangsbestimmungen enthält. Die Berathung der Resolutionen wird der dritten Lesung vorbehalten. Damit ist die zweite Berathung des Expropriationsgesetzes beendet.

Es folgt die 2. Berathung des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungsachen, auf Grund der Beschlüsse der Agrarkommission.

§ 1 bestimmt, daß an Stelle der bisher nach dem Kostenregulativ vom 25. April 1836 erhobenen Kosten, Pauschsätze zu zahlen sind.

Referent Abg. Schröder (Rippstadt): Der Herr Finanzminister ist eine so schwerwiegende Person (Heiterkeit), daß die Kommissionen oft seinem Druck nachgeben und von bereits gefaßten Beschlüssen wieder abgehen müssen. Auch diesmal hat die Agrarkommission ihren bereits gefaßten Beschluß, den Preis für die Ablösung pro Hektar von 4 Thlr. auf 3 Thaler herabzusetzen, wieder aufgeben müssen, weil der Finanzminister dies für nicht akzeptabel erklärte. Trotzdem aber schafft das Gesetz für die Interessenten große Erleichterungen, und es empfiehlt sich daher, dasselbe anzunehmen, zumal sich ausnahmsweise die Kommissionsbeschlüsse diesmal der vollen Zustimmung der Regierung zu erfreuen haben.

§ 1 wird angenommen.
§ 2 enthält die Grundsätze für die Zahlung der Pauschsätze; diese normiren sich einmal nach der Art des Objekts der Ablösung und zweitens nach der Beschaffenheit des für die Ablösung gegebenen Werthgegenstandes.

Während der Kommission bei Verwandlung der Reallasten in eine jährliche Rente, sowie bei Ablösung der Reallasten 15 Sgr. für jeden Thaler des Jahreswerthes, bei Servitutablösungen durch Kapital 1 Thlr. 15 Sgr., durch Land 2 Thlr. für jeden Thaler des Jahreswerthes als Kostenpauschlag feststellt, will der Abg. Mühlensbeck je nach der Höhe des Jahreswerthes den Pauschsatz verringern; so daß also z. B. an Stelle des ersten Satzes von 15 Sgr. bei einem Jahreswerthe von 150-500 Mark ein solcher von 10 Sgr.; bei einem Jahreswerthe von über 500 Mark ein solcher von 5 Sgr. treten würde. — Bei Grundstückszusammenlegungen jedoch will der Antragsteller die Kosten nach dem Reinertrage der Grundstücke bemessen und hierbei würden sich dann, wie der Abg. Rummert nachweist, die Kosten in manchen Fällen bedeutend erhöhen.

Dieser Antrag des Abg. Mühlensbeck wird von verschiedenen Seiten und auch von dem Regierungskommissar Schellwitz, sowie von dem Referenten bekämpft, einmal, weil darnach den Parteien höhere Kosten erwachsen würden, und ferner weil sich im einzelnen Falle schwer feststellen ließe, welcher Satz für den Ablösungspreis anzuwenden sei.

§ 2, sowie alle übrigen Paragraphen des Gesetzes werden darauf ohne weitere Debatte unberändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. (Mehrere kleine Gesetze, Fischereigesetz, Synodalordnung.)

Parlamentarische Nachrichten.

An einem der nächsten Tage, wahrscheinlich am Freitag, wird das Abgeordnetenhaus über den Gesetzentwurf betreffend die evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung in zweiter Lesung berathen. Der Kommissionsbericht, erstattet von Miquel, ist bereits gedruckt zur Vertheilung gekommen.

Der Bericht giebt eine klare Uebersicht der wechselnden Auffassungen hinsichtlich der Bedeutung des Art. 15 der Verfassung. Gegenüber den so geschilderten Meinungskämpfen erkennt der Bericht in dem Allerhöchsten Erlaß vom 10. September 1873 betreffend die Einführung einer evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die sechs östlichen Provinzen eine entschieden durchgreifende That. „Der erwähnte Erlaß“ fährt er fort, „kündigt sich zwar an als ein solcher des evangelischen Kirchenregiments, stellt sich aber durch die Kontratsignatur des Kultus-Ministers innerhalb der Grenzen des konstitutionellen Rechts und der Verfassung. Der Landesherr mit seinem verfassungsmäßigen Ministerium, berufen, die Landesverfassung zur Ausführung zu bringen, hält sich Inhalts dieses Erlasses kraft des ihm noch zustehenden Kirchenregiments befugt und verpflichtet, der evangel. Kirche diejenige Selbständigkeit zu geben, welche der noch nicht ausgeführte Art. 15 der Verfassung ihr garantiert. Zu diesem Behuf schafft der Allerhöchste Erlaß die zur Ausübung voller Selbstverwaltung erforderlichen Organe in Gemeinde, Kreis und Provinz und beruft eine außerordentliche Generalsynode zur Feststellung der allgemeinen Verfassung der Kirche. Der Träger des höchsten Kirchenregiments verzichtet von jetzt ab in so weit auf seine bisher vorhandene kirchenregimentliche Stellung, als er in der gegebenen Verfassung Aenderungen ohne Mitwirkung bezw. Anbörung der neu geschaffenen kirchlichen Organe nicht mehr vorzunehmen darf. Die verschiedenen Erklärungen des Herrn Kultus-Ministers bei Berathung des Etats in dem Hause so wie des Herrn Regierungs-Kommissars in der Kommission lassen darüber keinen Zweifel, daß die Bezeichnung der neuen Organe in dem Allerhöchsten Erlaß als definitive Institutionen diesen und nur diesen Sinn haben soll. Der zur Berathung vorgelegte Gesetzentwurf fordert nun die Landesvertretung nicht zu einer direkten Legalisirung des ganzen Inhalts der Kirchengemeinde- und Synodalordnung auf, vielmehr wird die Mitwirkung der Gesetzgebung, entsprechend dem oben bezeichneten Standpunkt, nur erfordert einerseits behufs Aufhebung bestehender, mit dem Inhalt der neuen Kirchenverfassung unverträglicher Staatsgesetze und andererseits behufs positiver Uebertragung oder positiver Sanktion solcher Befugnisse der neuen Kirchenorgane, welche lediglich staatsrechtlicher Natur sind und nicht durch einen einseitigen Akt des Kirchenregiments bezw. der Staatsregierung gegeben werden können. Die Staatsregierung hält es zwar nicht für zulässig, daß die gesetzgebenden Faktoren die evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung selbst ändern, wohl aber seien sie, rein rechtlich betrachtet, befugt, die nachgehende gesetzliche Sanktion zu verweigern oder auch an bestimmte Bedingungen zu knüpfen.“ Der Entwurf der Staatsregierung beschränkt sich weiter auf die Legalisirung der Organe der Kirchengemeinde und einzelner Rechte der Kreisynode, so weit letztere insbesondere die Ober-Aufsicht über die Gemeindeverwaltung bezielen und reservirt wegen der übrigen den Kreis- und Provinzialsynoden und deren Vorständen zugewiesenen Rechte die staatsgesetzliche Regelung so weit es deren bedarf, bis zum Abschluß der General-Synodalordnung. Die Mehrheit der Kommission akzeptirt grundsätzlich den Boden, auf welchen die Staatsregierung sich gestellt hat. Die Hauptfrage sei, daß der Zweck, die endliche Ausführung des Art. 15 der Verfassung, erreicht werde und daß die verfassungsmäßige Einwirkung und Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren dabei gewahrt bleibe. Andererseits sei aber zu erwägen, daß während die Kirchengemeindeverfassung im Großen und Ganzen auf gesunden Grundlagen aufgebaut sei und insbesondere dem Laienelement eine im Ganzen genügende Stellung in der Kirche gebe, die Composition der neuen Kreisynoden den vielfache Bedenken hervorbrufe. Unter diesen Umständen kann es nicht gerathen erscheinen, mit der Legalisirung der neuen Kirchenorgane weiter vorzugehen, als dies schon jetzt unbedingt erforderlich sei; dies könne aber nur anerkannt werden bezüglich der Organe der Kirchengemeinden. Es empfehle sich daher, die Regierungsvorlage in diesem Sinne zu amendiren und die staatsgesetzliche Anerkennung der Kreis- und Provinzialsynoden vorzubehalten, bis nach den Berathungen der außerordentlichen Generalsynode eine Gesamtüberprüfung über die vollständige Synodalordnung der evangelischen Kirche möglich sein werde. Die Frage drehte sich in der Generaldiskussion vorzugsweise nur noch um den oben bezeichneten Antrag, zur Zeit die staatsgesetzliche Anerkennung auf die Organe der Kirchengemeinden zu beschränken. Der Vertreter der Regierung erklärte diese Beschränkung für unerwünscht, die Kommission verbarter jedoch auf ihrem Standpunkte und änderte dem entsprechend die Vorlage ab.

Brief- und Zeitungsberichte.

□ **Berlin, 30. April.** Gestern Mittag fand eine Plenarsitzung des Bundesrathes statt. In derselben wurde, wie wir hören, außer dem Bischofsgesetz auch das Preßgesetz erledigt und nach den Beschlüssen des Reichstages genehmigt. Beide Gesetze werden schon in der nächsten Zeit durch den Reichsanzeiger publizirt werden. Die Plenarsitzungen des Bundesrathes werden voraussichtlich bis zum Pfingstfest fortgeführt und dann insofern vertagt werden, als ein Theil der Mitglieder Berlin verlassen wird und nur diejenigen Vertreter außerpreussischer Bundesstaaten hier verbleiben, welche entweder einer besonderen Kommission angehören oder als Gesandte bei der preussischen Regierung fungiren. Die Unterbrechung der Bundesraths-Sitzungen wird voraussichtlich dann bis zum September andauern. — Mit der nächsten Woche wird auch der Ausbau seinen Anfang nehmen, der für das Dienstgebäude des Reichskanzleramtes in der Wilhelmstraße projektirt und für den auch bereits in dem diesjährigen Etat die Mittel ausgelegt sind. Es wird nämlich auf dem Vor-

dergebäude des Grundstückes Wilhelmstraße 74 ein neues zweites Stockwerk aufgesetzt und außerdem das Gebäude eine neue Fassade, die in Sandstein ausgeführt wird, erhalten. Der Bau soll so beschleunigt werden, daß die dadurch gewonnenen Räume noch mit Beginn des Winters benutzt werden können.

Während der letzten Anwesenheit des Deutschen Kaisers in Petersburg sind vom Fürsten Bismarck mit den betreffenden Organen der russischen Regierung Verhandlungen angeknüpft worden, welche mehrere wesentliche Aenderungen in den für die russisch-preussische Grenze bestehenden Zollvorschriften zu Gunsten Deutschlands bezwecken. Jetzt ist nach der „Spez. Zig.“ die bestimmteste Aussicht vorhanden, daß die seitdem fortgeführten Verhandlungen während der bevorstehenden Anwesenheit des Kaisers von Rußland in Berlin zu einem für beide Theile befriedigenden Abschlusse gelangen werden.

Im Gefolge des Kaisers und der Großfürsten Konstantin und Alexis von Rußland befinden sich: der Reichskanzler Fürst Gortschakoff, Minister Graf Adlerberg II., der General-Adjutant Graf Schumaloff, der General-Adjutant Milejoff, der General a la suite Wajekoff, der General a la suite Solikoff, der General a la suite von Werber, der Flügel-Adjutant Oberst Fürst Mettscherki, der Flügel-Adjutant Oberst Graf Adlerberg, der Flügel-Adjutant Kapitän Fürst Dolgorucki, der Geheime Rath von Hamburger, der Kammerherr und Gesandte Fürst Gortschakoff, der Leibarzt Dr. Kavel, der Flügel-Adjutant Oberst Baron Schilling beim Großfürsten Alexis der Oberst Kirejef und der Kapitän-Lieutenant Graf Lüdtke beim Großfürsten Konstantin.

In der verfloffenen Nacht ist, wie der „St.-Auz.“ mittheilt, der Kais. Geh. Ober-Post-Rath und Vortrag. Rath im General-Post-Office Dunkel in der Fülle der Manneskraft ganz unerwartet in Folge einer Herzlähmung verschieden. „Die Postverwaltung, welcher der Entschlafene in seinem großen, die Personal-Angelegenheiten umfassenden Wirkungskreise mit unermüdlicher Hingabe unter den schwierigsten Verhältnissen die hervorragendsten Dienste leistete, hat durch seinen Heimgang einen sehr schweren Verlust erlitten.“

Der Reichs-Disziplinarrath (als welcher bekanntlich das Reichsoberhandelsgericht in Leipzig fungirt) hat entschieden, daß Postsekretäre nur mittelbare und lediglich die oberen Postverwaltungs- und Aufsichtsbearbeiter unmittelbare Reichsbeamte sind. Die von den Landesregierungen angestellten Postsekretäre sind zunächst Landesbeamte und ihrer Landesregierung in Bezug auf Disziplin u. dergleichen untergeordnet, weshalb gegen einen in Preußen angestellten und fungirenden Postsekretär die disziplinäre Unterordnung nach Maßgabe des preussischen Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 erfolgen muß.

Ueber die Verwendung der Ueberschüsse aus der preussischen Finanzverwaltung (vergl. unsere heutige Tagesübersicht) spricht sich die nationalliberale B.A.O. wie folgt aus: Die Regierung schlägt nun vor, einen Theil dieser Ueberschüsse zu einer außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden zu verwenden und damit die für Verzinsung und planmäßige Tilgung derselben erforderlichen Mittel dauernd zu ersparen und zwar sollen zurückgezahlt werden 3,500,000 Thlr. der 4 1/2-prozentigen Schuld des Jahres 1856 — der größere Theil dieser Schuld ist der Konsolidirung unterworfen worden — ein Theil kurzfristiger hannoverscher Schulden, die spätestens 1876 zu tilgen sein würden, die aber bei den großen Kassenbeständen lieber gleich zurückgezahlt werden; endlich ein großes Quantum 4-prozentiger hannoverscher Staatsschulden, die nur auf dem Wege der Verloosung, d. h. al pari getilgt werden können, und für welche ein starker Tilgungsfonds besteht. Vom 1. Januar 1875 ab würde, wenn diese Maßregeln zur Durchführung gelangen, der Staat an Zinsen und Tilgungs-Quantum um 2,114,000 Thaler weniger zu zahlen haben, von denen aber die auf die Tilgung der 1856er Anleihe zu verwendenden 225,000 Thaler nur als durchlaufender Posten zu betrachten sind und keine wesentliche Erleichterung für die Finanzverwaltung gewähren. Anerkannt muß zunächst werden, daß es eine Annehmlichkeit für die Finanzverwaltung ist, wenn das Staatsschuldenwesen sich vereinfacht und statt der vielen kleinen Schuldbeträge mit verschiedenem Verzinsungs- und Tilgungsmodus schließlich (außer den 3 1/2-proz. Staatsschuldscheinen und der Prämienanleihe) nur eine konsolidirte Staatsschuld übrig bleibt. Das wäre aber wohl auch so ziemlich der einzige Vortheil, welcher dem Finanzminister aus der vorgeschlagenen Maßregel erwächst. Zweifelhaft ist es jedenfalls, ob mit der Tilgung 4-prozentiger Schulden, die unter pari stehen, ein finanzieller Vortheil verbunden ist, wenn man zu andern Zwecken fort und fort 4 1/2-prozentige Schulden aufzunehmen in der Lage bleibt; es würde sich für die verfügbaren Bestände der Staatskasse wohl eben so gut eine vorübergehende vortheilhafte Anlage finden lassen, wie für die Bestände der verschiedenen Reichsfonds, die sie ja durchschnittlich mit 5 Prozent verzinsen. Daß bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes es nachtheilige Folgen haben muß, wenn die schädliche Fülle derselben durch die Zurückzahlung von Staatsschulden noch gesteigert wird, ist ein weiterer Gesichtspunkt, der zur Erwägung kommen muß. Zu unsrer wirtschaftlichen Krisis hat vor Allem die plötzliche Flüssigmachung so bedeutender Geldmittel beigetragen, welche zur Anlage von Kapitalien in zweifelhaften Unternehmungen die Verlockungen mit sich führte. Die Lage des Geldmarktes ist aber noch immer nicht eine solche, daß sie nicht davon affizirt werden müßte, wenn für große Summen bisher in Staatspapieren festgelegten Geldes eine neue Gelegenheit zur Anlage gesucht wird. Die Frage, in welcher Weise disponible Ueberschüsse der Staatskasse, für welche in der laufenden Verwaltung keine Verwendung ist, und die auch zu außerordentlichen Zwecken erst allmählich verwendet werden können, vorübergehend nutzbar zu machen sind, verdient die ernsteste Erwägung. Am nächsten liegt es allerdings, diese Ueberschüsse zu einer außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden zu verwenden; daß diese Art der Verwendung aber die für die Staatsfinanzen und für die Volkswirtschaft vortheilhafteste ist, sieht keineswegs so fest, daß nicht eine Diskussion darüber angezeigt wäre.

Ueber die gegenwärtige Lage der Berliner Universität wird geschrieben:

Die Vorlesungen an der Universität beginnen nach und nach, doch zeigen sich noch viele bleibende und vorübergehende Lücken. Ueberaus mißlich steht es mit der theologischen Fakultät aus, die ohne einen neuen Erwerb das Semester beginnt und, wie man hört, die Zahl der ihr zugehörigen Immatrikulationen wieder sehr vermindert sehen. Ähnlich steht es freilich mit der juristischen Fakultät, in der schon die temporäre Behinderung Heinrich Brunners sehr fühlbar wirkt. Unter den Philosophen hat Ernst Curtius von Athen aus sein Kommen für Mitte Mai verkündet, während sein Freund Herman Grimm

unter gewohnter Theilnahme seine kunsthistorischen Vorlesungen beginnt. Dove, noch immer nicht ganz zu der alten Frische gelangt, beschränkt sich auf die Meteorologie, während sein Spezialkollege Helmholtz diesmal mit Vorliebe der reinen Wissenschaft sich widmet. Mit großer Spannung sieht man natürlich den Vorlesungen Treitschke's entgegen, der über Politik der Staatenbünde und deutsche Geschichte seit 1815 lesen wird. Hygiene und medizinische Statistik haben keine ihnen entsprechende Vertretung. Darwinismus, prä-historische Archäologie und ähnliche Errungenschaften der neueren Zeit existiren auch diesmal nicht für Berlin! Leider hat Prof. Quinde in Würzburg, dessen Berufung zum Direktor der Sonnenwarte gemeldet wurde, schließlich sich doch noch ablehnend entschieden. Das kommende Halbjahr bringt demnach Alles in Allem die große Reformbildung der Berliner Universität, besonders bezüglich der Unvollständigkeit ihrer Lehrkräfte, auf's Neue zu Tage.

[Schweizer-Banket]. In dem mit schweizerischen und deutschen Fahnen festlich geschmückten Saale des Scheibler'schen Restaurants an der Potsdamer Brücke fand am Sonnabend Abend eine große vom hiesigen Schweizerverein veranstaltete gefellige Vereinigung statt. Dieselbe sollte allen in Berlin lebenden Schweizern Gelegenheit bieten, ihrer Freude über den glücklichen Abschluß der Verfassungsveränderung einen lauten und herzlichen Ausdruck zu geben. Nachdem der Vorsitzende, Herr Hausmann, die Gäste, unter ihnen den schweizerischen Gesandten Herrn Oberst v. Hammer, begrüßt hatte, hielt Herr Dr. Stiefel die Festrede; in herbeiten Worten setzte er die außerordentliche Wichtigkeit der letzten Abstimmung auseinander und schloß mit dem Ausdruck der besten Hoffnungen und Wünsche für die ferne Heimath. Den mit lautem Beifall aufgenommenen Worten folgte ein Toast auf die Schweiz, ausgebracht von Herrn Kunze. Herr Oberst v. Hammer widmete dann Worte des Dankes und der Anerkennung dem schweizerischen Bundesrath und der Bundesversammlung und schloß unter lauter Zustimmung der Versammlung vor, beiden Behörden ein Telegramm zuzuschicken. Der bestehenden und hoffentlich nie schwindenden Harmonie zwischen Deutschland und der Schweiz weihte Herr Gesandtschaftssekretär Claparede in französischer Sprache sein Glas und Herr Hauptmann Colombi aus Tesli brachte einen italienischen Toast aus auf die siegreichen Kämpfe gegen den Ultramontanismus. Hatten auf diese Weise alle drei Nationalitäten der Schweiz geredet, so war es ein glücklicher Gedanke des Herrn Dr. Giese, auf die dauernde Eintracht derselben sein Glas zu leeren. — Die Stimmung, die das schöne Fest belebte, war eine durchaus gehobene und wird eine dankbare Erinnerung allen Theilnehmern hinterlassen.

Kassel, 28. April. Zwei Seitenlinien des ehemaligen kurfürstlich heffischen Hauses, die Herren von Hessen-Kumpenheim und Hessen-Philippsthal-Barchfeld haben durch einen hiesigen Rechtsanwalt sich an die Gerichte des Landes gewendet und mit Bezug auf die Auseinandersetzung zwischen den heffischen Ständen und dem Kurhause von 1831 und den Stettiner Vertrag von 1866 die Ueberschreibung der dem heffischen Fideikommissvermögen angehörenden Grundstücke und Gebäulichkeiten in die neuen Grundbücher verlangt. Die Weiser-Ztg. meint, die Herren hätten gar kein Recht, sich um die Sache zu kümmern, denn einmal lebe der Kurfürst noch, und dann werde die von Bismarck eingeleitete Verwaltung des Fideikommissvermögens schon das Nöthige besorgen. — Pfarrer Klößler in Wolfshagen, der dem G. Konsistorium seine Unterwerfung angezeigt hatte, ist wieder auf den Standpunkt der Renitenz zurückgekehrt, indem er sich weigerte, die von dem f. Konsistorium verlangte Erklärung abzugeben, „für die Folge der neuen Zentralbehörde festen Gehorsam leisten und sich von den Wilmarianern in jeder Hinsicht trennen zu wollen.“ — Verschiedene Anhänger der renitenten Pastoren suchen, wie die „Hess. M.-Ztg.“ sagt, ihre Kinder, dem Konfirmationsunterricht der staatlich anerkannten Pfarrer zu entziehen und schicken sie in die Religionsstunden der abgeleiteten Geistlichen, von denen sie auch konfirmirt werden sollen. Darauf hat das k. Konsistorium hierseits unterm 16. d. M. verfügt: „Was die Unterlassung des Besuches des Konfirmationsunterrichts betrifft, so wird eintretenden Falles Strafandrohung wie wegen Schulverweigerung zu stellen sein (vergl. Konsistorialaus schreiben vom 1. Februar 1876) und ist den Eltern der betreffenden Kinder zu eröffnen, daß letztere am Sonntag Quasimo-dogeniti d. J. nicht konfirmirt werden sollen, wenn sie den Konfirmationsunterricht bei dem Vikar nicht regelmäßig besuchten, und daß dann selbstverständlich die Entlassung aus der Schule nicht erfolgen kann.“

Weg, 26. April. Der „Niederrh. Kur.“ bringt folgende Mittheilung: „Es dürfte allbekannt sein, daß in unserem Lande die Nonnen, Schulschwestern u. s. w. zu den allereifrigsten Agitatoren für Frankreich zählen. Wie weit sie in diesen ihren Bestrebungen gehen, dürfte beispielsweise erhellen, daß die Schwestern von St. Chretien, welche in unserer Stadt Klöster besitzen, etwa vierzig meher Kinder ihren Eltern abgelockt haben, um sie in Lyon in französischem (und zugleich echt katholischem) Geiste erziehen zu lassen. Diese Kinder verlangten nun eifrig in die Heimath zurück, aber keine Reklamationen der Eltern haben bisher gefruhtet. In nahezu dreißig Fällen haben sich dieselben jetzt an das hiesige Bezirkspräsidium mit der Bitte um Hilfe gewandt und es steht zu hoffen, daß es dieser Behörde gelingen werde, den bethörten Eltern die ihnen vorenthaltenen Kinder endlich wieder zu verschaffen.“

Paris, 29. April. Die Gambetta'sche „Republ. Franc.“ macht folgende bemerkenswerthe Konjunktur über die Aus- und Absichten der konservativ-kerikalen Allianz:

„Die hiesigen Konservativen, unwissend, nicht geachtet, taub gegen die Lehren der Geschichte, glauben in der mächtigen Hierarchie der Kirche eine Macht zu finden. Die Konservativen und die Kirche haben sich zusammen kompromittirt, die ersteren, indem sie zu einer Drohung der jetzigen Gesellschaft wurden, die andere, indem sie sich zu einer politischen Fraktion erniedrigte. Sie verfolgen eine Chimäre. Aus Frankreich wird man keinen kirchlichen Staat machen. Wir fürchten aber, daß diese Allianz eine neue Ursache von Vermirrung und Schwäche zu den vielen anderen uns schon behaftenden hinzusetzt. Am Tage, an welchem die kirchliche Partei in Frankreich ihre Unversittäten zwischen Kirche und Staat vollendet werden. Für die Freiheit wird es kein Triumph, vielleicht aber der Untergang derselben sein.“

Piccon, der Nizarde, soll von seinen Wählern das Mandat erhalten haben, gegen die Annexion der Grafschaft Nizza zu protestiren. Dieses Mandat auszuführen hat ihm aber offenbar der Muth gefehlt und er beschränkte sich daher darauf in der Assemblée auf verdeckte Weise von den separatistischen Gesinnungen in der Grafschaft zu sprechen. Seine Rundgebung bei dem Banket machte er, weil er durch den Champagner etwas erregt und außerdem dadurch gereizt worden war, daß ein französischer Ingenieur behauptet hatte, Nizza gehöre Frankreich für immer. Die französischen Blätter von Nizza verlangen die Absetzung des Maires Raynaud, weil derselbe italienisch gefinnt sei und deshalb gegen die Auslassung Piccon's nicht protestirt habe. Der Untersuchungsrichter Ginesi, der dem Banket ebenfalls anwohnte, soll seine Entlassung eingereicht haben.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 1. Mai.

Es giebt wohl keine Provinzialhauptstadt, deren nächste Umgegend so überaus schlechte Landstraßen aufzuweisen hätte als Bosen. Wie man uns nun versichert, sollen endlich in diesem Sommer

mehrere der schandbarsten Straßen ausgebessert werden; zunächst, so heißt es, wird die Hauptstraße auf der Wilda Pflaster erhalten und die k. Regier. das Material dazu bewilligen, während die Dorfgemeinde Hand- und Spanndienste zu leisten haben würde. Es finden dort bereits Abstellarbeiten statt.

Sonntagsfeier. Wie im vorigen Jahre, so werden auch während der diesjährigen Sommermonate vom 3. Mai bis 20. September die namhaftesten christlichen Inhaber von hiesigen Kolonialwaarengeschäften ihre Läden an jedem Sonntag von 2 Uhr Nachmittags an geschlossen halten.

Schantgefäße. Der Handelsminister hat eine vielfach erörtere Frage über die Eichung der Schantgefäße in öffentlichen Lokalen neuerdings entschieden, daß durch die über eine Inhaltsbezeichnung der Schantgefäße ergehenden Polizeiverordnungen den Gästen nur die Möglichkeit gewährt werden soll, in den Schantwirthschaften die Menge des im einzelnen Schantgefäße verabreichten Getränkes an dem Gefäße selbst zu kontrolliren, daß aber dadurch der freien Verständigung der Theilnehmten über irgend eine außerhalb der Maßabstufungen des § 5 der Eichordnung vom 16. Juli 1869 liegendes Quantum von Getränken hindernd entgegengetreten werden solle. Hiernach würden alle bis jetzt ergangenen Polizeiverordnungen, in welchen vorgeschrieben ist, daß die betreffenden Gefäße nur zur Verabreichung eines dem Solinhalte wirklich entsprechenden Quantums benutzt werden dürfen, wieder aufgehoben werden müssen.

Zutroschin, 29. April. [Witterung. Wege.] Seit dem am 2. d. M. stattgefundenen Gewitter, welchem eine förmliche Sommerwölle (das Thermometer zeigte 18–20 Grad) voranging und bei welchem es auch nicht ohne Hagelschaden abging, haben wir wieder Winter. Ein kalter Nord hat die bereits erwarteten „kühlen Lüfte“ wieder verschleudert und der zeitweise sehr dicke Schneefall kontraktirt gar sonderbar zu dem Blüthenstadium der Bäume, sowie den grünen Wiesen und Saaten. Leider ist zu befürchten, daß die Nachfröste den Blüthen und keimenden Frühjahrssaaten schaden und so unsere Hoffnungen vernichten werden. — Die Landwege befinden sich zum Theil in einem recht schlechten Zustande. So ist z. B. der Weg von hier nach Dubin nur mit Lebensgefahr zu passieren. Möchte die Wegebau-Kommission recht bald auf diesem Felde ihre Thätigkeit entwickeln.

Klecko, 29. April. [Briefmarder.] Am heutigen Tage erschien in Klecko der königliche Staats-Anwalt aus Gnesen, um in Sachen der auf der hiesigen kaiserlichen Post-Expedition vorgekommenen Unterschlagungen Verhandlungen aufzunehmen. Das Resultat war, daß sämtliche Landbriefträger, Polizei-Sekretär und noch mehrere andere Personen, die an den Betrügereien Theil nahmen, nach Gnesen in das Kreis-Gerichts-Gefängniß abgeführt wurden. Das Publikum ist mit über zwei Tausend Thalern betrogen worden.

Wollstein, 26. April. [Zivilstandes-Beamten. Kreisverfassung.] In Betreff der Führung der Zivilstandesregister für die hiesige Stadt beschloß unsere Stadtverordneten-Versammlung, daß der jeßmalige Bürgermeister und in dessen Behinderungsfälle der jeßmalige Beigeordnete die Funktion des Zivilstandesbeamten zu übernehmen haben. — Bei dem dieser Tage hier abgehaltenen Kreisverfassungskomitee fehlte über 1/3 der zu Stellenden, die sich auswärtig auf Arbeit befinden. Namentlich fehlten sehr viele Kantonspflichtige aus den Distrikten Altloster und Karge, und es wurde hierbei wahrgenommen, daß der bei weitem größte Theil der Fehlenden Deutsche seien, während die Polen es selten wagen ihre Scholle zu verlassen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 30. April. [Diskonto-Gesellschaft.] Es fand eine Sitzung des Verwaltungsraths der Diskonto-Gesellschaft statt. Die Direktion legte die Bilanz für das Jahr 1873 mit dem Antrage vor, eine Gesamt-Dividende von 14 pCt. zu vertheilen und den Reserve-Vortrag auf über 3 Millionen Thaler festzusetzen. Der Verwaltungsrath ernannte die Revisoren und beschloß, die ordentliche Generalversammlung, in welcher nach Feststellung der Bilanz der Geschäftsbericht zur Mittheilung gelangen wird, auf den 18. Mai einzuberufen.

Berlin, 30. April. Die Dividende der Berlin-Potsdamer Magdeburger Eisenbahn pro 1873 ist nunmehr definitiv auf 4% festgesetzt worden und kommt vom 1. Mai ab zur Auszahlung.

Zur Tariffrage berichtet man der „Börs.-Ztg.“, daß die Eisenbahnämter nunmehr fertig gestellt sei. Die Angaben variiren bis jetzt noch darüber, ob auch die Kohlen in die Tarifserhöhung mit eingeschlossen seien; Thatsache ist, daß in den allerletzten Tagen noch gegen eine Erhöhung des Fahrpreises für Kohlen viele Demonstrationen eingegangen sind, daß trotzdem aber im Reichseisenbahnamt bisher an der Absicht festgehalten wurde, auch den Kohlentarif zu erhöhen. Sicher ausgeschlossen sind Getreide, Kartoffeln und ähnliche erste Lebensbedürfnisse.

5%ige Krupp'sche Partial-Obligationen. Wie aus den betreffenden Inseraten der Börsenblätter ersichtlich ist, werden von den von einem Finanzkonglomerat unter Leitung der Seehandlung übernommenen 10 Millionen Krupp'scher 5-proz. Partial-Obligationen bereits 6 Millionen am 4. und 5. Mai zum Kurse von 96 pCt. zur Subskription kommen. Als Zeichnungstellen werden in Berlin die Königl. Seehandlung, die Diskonto-Gesellschaft, die Bank für Handel und Industrie, die berl. Handelsgesellschaft und S. Bleichröder figuriren.

Obinger Aktien-Gesellschaft für Eisenbahnbedarf. Am 28. d. Mts. hat eine Sitzung des Verwaltungsraths stattgefunden, in welcher das Resultat der Bemühungen, ein außergerichtliches Arrangement zu Stande zu bringen, dahin festgestellt wurde, daß alle Obinger mit einer einzigen Ausnahme, bei der es sich aber nur um eine verhältnismäßig kleine Summe handelt, den Propositionen für eine außergerichtliche Regelung beigetreten sind, welche letztere hiernach also nunmehr sichergestellt erscheint.

Breslau, 28. April. Der Verwaltungsrath des Schlesischen Bankvereins hat heute auf den Antrag des Geschäftsinhabers beschlossen, für das Jahr 1873 von der Vertheilung der Ueberschüsse abzusehen und eine Dividende von 6 pCt. aus dem statutenmäßig zu diesem Zwecke vorhandenen Reservefonds zu zahlen. — Die pro 1873 auf 3 1/2 pCt. festgesetzte Dividende der Breslauer Aktien-Gesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau kann vom 1. Mai ab in Breslau bei der Gesellschaftskasse und Gebr. Guttenberg erhoben werden. — Ebenso bringt die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaft die pro 1873 auf 5 pCt. festgesetzte Dividende vom 1. Mai ab bei der Hauptkasse der Gesellschaft zur Auszahlung. — Die heute Nachmittag abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre der Aktien-Gesellschaft für Bergwerk und Hüttenbetrieb „Vormärts“ leitete in Verbindung des Vorsitzenden des Aufsichtsrathes, Dr. P. v. Kulmiz, Geh. Kommerzienrath v. Ruffer. In der selben wurde der Geschäftsbericht für 1873 vorgelegt. Demgemäß wurde die Gewinnvertheilung, nach welcher die Aktionäre eine Dividende von 7 pCt. erhalten, genehmigt und die Decharge erteilt.

Breslau, 30. April. Die heutige Generalversammlung der Breslauer Diskontobank, Friedenthal u. Co., hat die vorgeschlagene Vertheilung einer Dividende von 2 1/2 pCt. genehmigt.

Dels-Gnesen. Wir brachten vor einiger Zeit die Mittheilung, daß die Direktion der Rechte-Der-User-Eisenbahn beschlossen habe, bei dem Verwaltungsrath, der Generalversammlung und dem Handelsminister die Genehmigung zur Uebernahme des Betriebes und zu einer zehnjährigen Zinsgarantie der betreffenden Stammprioritäten der Dels-Gnesener Bahn nachzusuchen. Der „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen“ zufolge liegen dieser Vereinbarung folgende Baupunkte zu Grunde: 1) die Rechte-Der-User-Eisenbahngesellschaft würde diejenigen Kapitalien aufnehmen und herleihen,

welche erforderlich werden, um die zu den Prioritäts-Stammaktien der Dels-Großener Eisenbahngesellschaft gehörenden Dividendencoupons der ersten zehn Kalenderjahre nach Eröffnung des Betriebes gegen 4 p. a. feste Zinsen einzulösen. Für die Darlehne der Rechte-Der-User Eisenbahngesellschaft werden Zinsen und event. eine mäßige Prämie berechnet. 2) Die Rechte-Der-User Eisenbahngesellschaft würde hingegen die den gedachten Coupons statutenmäßig zustehenden (und nicht verjährenden) Dividenden für die genannte Zeit empfangen. 3) Sollte sie hierdurch für ihre Forderungen ad 1 nicht hinreichend gedeckt werden, so bleibt ihr die Rente der Prioritäts-Aktien ev. das Unternehmen der Rechte-Der-User Eisenbahngesellschaft für ihr Guthaben und dessen Zinsen weiter verhaftet. 4) Die Rechte-Der-User Eisenbahngesellschaft erhält und übernimmt die Betriebsleitung der Dels-Großener Eisenbahngesellschaft von Eröffnung des Betriebes ab auf Grund eines besonderen Vertrages vorweg auf die Dauer der Garantie-Zeit und event. länger bis zu vollständiger Abfindung.

Petersburg, 28. April. Die Subskription auf die neuen Eisenbahnen, erzählt die „Börse“, brachte der Reichsbank schwerere Arbeit. Der Zubrang war am zweiten Tage noch bedeutend größer als am ersten. Einige Damen fielen in dem Gebränge in Ohnmacht, ein Herr erlitt einen Armbruch; Protokolle mußten durch anwesende Polizeipersonen aufgenommen werden. Um 3 Uhr wurde der Zugang zur Reichsbank geschlossen; aber im Innern befanden sich noch so viele Subskribenten, daß die Annahme von Unterschriften in allen Abtheilungen der Bank eröffnet wurde, obgleich schon vom Morgen an, statt der gestrigen 6, eine erhöhte Anzahl Subskriptionsbüreaux funktionirte. Ungeachtet dieser Vorkehrungen dauerte die Ausgabe der Quittungen bis zum späten Abend. Man nimmt an, daß auf beide Bahnen, vorwiegend aber auf die Weichselbahn, 30,000 Anmeldungen erfolgt sind. Um wie viel die Subskription den Bedarf übertrifft, kann jetzt noch nicht genau angegeben werden, doch kann man annehmen, daß auf die Weichselbahn der Betrag 120—130 mal gezeichnet ist, d. h. statt 581,000 R. sind 69—71 Millionen R. eingezahlt. Das Faktum ist ein Beweis für die Macht des Kredits, vermöge welcher zu einem bestimmten Zweck solche bedeutende Summen aufgebracht werden können. In Moskau war die Subskription wahrcheinlich ebenfalls sehr bedeutend, wenn man aus den umfangreichen Verbreitungen der dortigen Banken schließen darf. Wie die „Börse“ hört, ist Hr. Bloch freiwillig als Konturrent für den Bau der Weichselbahn zurückgetreten und wird demnach derselbe aller Wahrscheinlichkeit nach Hrn. Kronenberg in Warschau zufallen. Die Hauptkonturrenten für die Uralbahn waren nach der „Finanzrevue“ die Herren Gubonin, Poljakow und Warshawski unter Aufsicht der Wolga-Kama-Bank und der Moskauer Bank; ferner Herr S. D. Basmatow für sich allein und die Kompanie von P. Demidow, Fürst von San Donato. Wie die „B.-Z.“ mittheilt, hatte ein Bankier behufs der Einzahlung 316 Pud gemünzten Goldes in die Reichsbank gebracht.

London, 30. April. Bankausweis.
 Total-Reserve 10,393,818 Pfd. St., Abnahme 969,367 Pfd. St.
 Potentiaumlauf 26,260,935 = Zunahme 84,935 =
 Barvorrath 21,654,753 = Abnahme 584,432 =
 Portefeuille 26,432,169 = Zunahme 7,228,449 =
 Guth. d. Priv. 17,993,930 = Zunahme 695,630 =
 do. d. Staatsf. 14,563,122 = Zunahme 5,879,616 =
 Notenreserve 9,688,780 = Abnahme 636,795 =

Statistisches. Im Jahre 1873 haben den Suezkanal passiert 1173 Schiffe, und zwar kamen 637 vom Mittelmeere, 536 vom Ostlichen Meere. Diese beförderten 65,700 Passagiere und zwei Millionen Brutto-Tonnengehalt. Die von sämtlichen Schiffen entrichtete Gebühr betrug 22.8 Millionen Francs. Ungeachtet der im Jahre 1872 erhöhten Taxen und Gebühren hat sich der Verkehr durch den Suezkanal konstant gehoben; es passirten nämlich 1870 486 Schiffe mit 435,911 Tonnen Gehalt, 1871 765 Schiffe mit 761,467 Tonnen Gehalt, 1872 1082 Schiffe mit 1,439,169 Tonnen Gehalt, 1873 Schiffe mit 2,087,326 Tonnen Gehalt, mithin ergibt sich eine Zunahme von beziehentlich 141—53—10 Prozent der Schiffszahl und 480—272—146 Prozent an Tonnengehalt. Die Total-Einnahmen beziffernen sich 1870 mit 6.4 Millionen Francs, 1871 mit 13 Millionen Francs und 1872 mit 19 Millionen Francs, stiegen also beziehentlich um 256—75—20 Prozent. Der Flagge nach haben sich die englischen Schiffe mit mehr als 50 Prozent an diesem Verkehr betheilig, diesen zunächst folgen die französischen, dann die österreichisch-ungarischen, ferner die italienischen und die deutschen Schiffe.

Vermischtes.

* Das große Loos der preussischen Lotterie ist in die Kollekte des Herrn Koch zu Berlin gefallen.

* Eine nette Betschwester. Aus Memel, W.-Pr., wird geschrieben: Im September v. J. hielt sich zur Zeit des Ablasses in Böhmen eine sogenannte Betschwester auf, die sich durch ihr scheinheiliges Gebahren Aufnahme und Verpflegung in einigen dortigen Familien zu verschaffen gewußt hat. In ihrer Gesellschaft befand sich auch ein elfjähriger Junge.

In dem neuesten amtlichen Kreisblatt erläßt nun die Staatsanwaltschaft einen Verhaftsbefehl gegen dieses Frauenzimmer, „eine unverheiratete Mathilde Kruczjomska, welche sich für eine Diakonissin ausgab und den Sohn Joseph des Maurers Lastoweki aus Komorost entführt hat.“

* Saalfeld in Thür., 30. April. Der erste Zug der Saalbahn ist heut in dem hiesigen Bahnhofe eingetroffen.

* Was sich die Kasse bei erzählt. Im Anschluß an die mancherlei Nachrichten über die künstlich angefachte Erregung der Bewohner der polnisch-katholischen Bezirke in Westpreußen theilt man dem „Gr. Ges.“ einige artige Geschichten mit, die in der Kasse bei den Fürsten Wis mar a in Umlauf sind.

Die erste: Eines Abends bei hellem Mondenschein geht Bismarck an einer katholischen Kirche in Berlin sündend auf und ab. Es tritt ein Mann zu ihm und sagt: „Was machst Du hier?“ — Der Mann trug eine Fahnenfeder und hatte einen Pferdefuß, wie es dem leitbhaftigen Gottesdienste zukommt — Bismarck antwortete: „Ich denke nach, wie ich diese Kirche zerlösen könnte.“ Da bricht der Teufel in ein Gelächter aus: „Steh ab davon nur ab, schon seit 18 Jahrhunderten rütele ich an der Kirche und kann nicht einen Stein losbekommen; Du wirst auch nichts ausrichten.“ Sprach und verschwand, Bismarck aber ging mißvergnügt nach Hause.

Eine zweite: Ein Gardist soll aus Berlin Folgendes geschrieben haben: Als mehrere Bischöfe gefänglich eingezogen waren und sich Unruhen bemerklich machten, befürchtete Bismarck einen Religionskrieg und ließ die evangelischen und katholischen Bewohner Preußens nachzählen, um zu sehen, ob die ersteren den letzteren gewachsen wären. Die Zahl stellte sich gleich hoch (!) heraus. Nun ging Bismarck an einen Wachtposten heran und fragte, welcher Religion er angehöre? Der Mann war evangelisch. Nun fragte Bismarck weiter: „Wie viel Katholiken würdest Du niederhauen?“ Der Mann antwortete: „Die Katholiken sind schlimme Leute, ich hätte genug mit einem zu thun.“ Danach geht Bismarck zum zweiten Posten, einem Polen resp. Katholiken und fragt: „Wie viel Evangelische würdest Du bezwingen?“ Dieser erwidert: „Fünf.“ Nun läßt Bismarck fünf evangelische Gardisten und diesen Polen zum Löschiagen kommandiren. Der Pole schlägt drei Deutsche todt und zwei entlaufen, wofür sie wegen Freigebit standrechtlich erschossen wurden. Darauf aber wird Bismarck — krank.

Eine dritte Geschichte: Die Tochter des Fürsten Bismarck ist dieser Tage katholisch geworden und wird ins berliner Kloster gehen, um hernach als Heilige zwischen Gott und ihrem Vater zu vermitteln, damit dieser der ewigen Verdammnis entgehe.

Dieser Unfinn geht nicht allein von Mund zu Mund, sondern er wird auch inbrünstig geglaubt, und sagt man den Leuten, daß sie eine sträfliche Dummheit entwickeln, derartige Aberglauben für wahr zu halten, so wird man, wenn man auch selbst Katholik ist, als Nichtkatholik, Freimaurer, Teufelsbruder“ verdröhen. Dann heißt es: „Warte nur, wenn es erst losgeht, wirst Du schon anders reden!“

* Die Amerikaner sind wirklich abseuflich! werden unsere Damen unfehlbar nach Lektüre der nachfolgenden Zeilen ausrufen. In einem amerikanischen Blatt findet sich nämlich folgende allerdings etwas „unpoetische“ Kostenrechnung des Ballspiels: Um eine junge Dame für einen Ball gehörig auszustaffiren kostet es im Süden einen Ballen Baumwolle, im Westen eine Labung Sen, in Cincinnati ein Faß Schweinefleisch, in Virginia einen Ballen Tabak, in Pennsylvania eine Tonne Roheisen und in Neu-England eine Nähmaschine erster Klasse.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Wien, 1. Mai. In einer Konferenz der Deakpartei erklärte der Finanzminister Ohygy bezüglich der Bankangelegenheit, er halte die Errichtung einer selbstständigen Bank für vortheilhaft, dieselbe sei aber jetzt inopportun. Ohne Valutaregulirung sei eine Bankregulirung nicht denkbar, man möge nicht denken, daß eine selbstständige Bank sofort alle Uebel heilen werde.

Paris, 30. April. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Lombardbank wurde die Verlegung des Gesellschafts-Sitzes von Turin nach Mailand beschlossen, die Rechnungsabschlüsse pro 73 genehmigt und die Jahresdividende auf fünfzehn Franken festgesetzt. Der Geschäftsbericht hebt hervor, daß 1873 infolge des Zwangscourses ein Verlust von über 8 Millionen entstanden sei, während über sieben Millionen als außerordentliche Reserve zurückgestellt worden seien.

Madrid, 29. April. Die Regierung meldet, die Truppen hätten vor Bilbao gestern alle Stellungen genommen, deren Besetzung anbefohlen worden sei. Aus Barcelona wird gemeldet, die Carlisten seien bei Neus geschlagen worden.

Durango, 29. April. Carlisischen Nachrichten zufolge erzwang General Concha gestern den Einmarsch in das Thal Lasmucenas, wurde aber von den Carlisten etwa drei Stunden von Valmaseda entfernt aufgehalten.

Konstantinopel, 30. April. Den letzten Nachrichten aus Bagdad vom 27. d. zufolge ist der Tigris im Fallen, aber das Elend unter der Bevölkerung sowie die Hungersnoth in Kleinasien sind sehr groß. Regierung und Private helfen.

Washington, 30. April. Die Regierung der Union hat sich unlängst zur Vermittelung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Mexiko und Frankreich an. Mexiko antwortet jetzt, es werde die Vermittelung annehmen, wenn Frankreich oder andere Länder direkte dießbezügliche Wünsche kundgäben.

Savanna, 30. April. Concha dekretirte eine zehnjährige Einkommensteuer und ordnete an, daß bis Juli ein Viertel, von da ab die Hälfte aller Eingangszölle in Gold bezahlt werde.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 149. k. preuß. Klassen-Lotterie
 (Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 30. April. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:
 2 95 166 306 95 409 95 502 94 (200) 615 19 20 43 (500) 742
 991. 1009 35 93 149 (1000) 87 214 41 66 302 72 83 440 81 (200)
 555 70 615 22 (100) 327 776 94 808 26 32 63 87 96. 2152 91 264
 312 37 439 61 68 93 94 500) 617 52 738 88 872 (1000) 933 70 98.
 3000 13 31 105 15 47 228 478 91 (2000) 507 619 702 23 (100)
 52 68 78 888 929 (100) 73 (100) 95. 4179 97 258 339 417 46 97
 548 629 (100) 52 (100) 716 (500) 56 67 867 90 936 52. 5004
 (1000) 32 68 138 293 338 39 517 54 678 87 (500) 755 69 812
 47. 6018 112 61 (100) 202 14 39 42 371 514 15 31 (500) 93 611
 700 8 (100) 90 848 64. 7054 159 75 (100) 93 226 62 362 74 416
 (500) 47 74 (100) 609 (100) 714 70 (200) 93 97 954 (100) 85. 8046
 108 19 43 (100) 203 305 (100) 51 55 (100) 72 92 441 52 88 559
 625 28 30 712 76 (200) 833 64 905 11 (100) 38 87. 9024 70 118
 46 91 363 82 403 (100) 65 519 (1000) 36 96 636 54 843 48
 74 980.

10,018 54 71 82 (500) 142 (1000) 218 27 (500) 32 75 99 341 86
 93 437 60 62 625 78 (100) 87 750 804 64 69 939 79 (200). 11,006
 (200) 66 (100) 77 113 30 84 (1000) 254 (100) 390 410 68 70 500
 84 93 609 38 (200) 56 64 76 (100) 91 704 13 (500) 27 29 79 815
 82. 12,098 149 82 246 303 48 410 (100) 508 30 46 95 604 97
 730 45 823 33 44 65 911 94. 13,032 35 42 97 124 27 28 50 65
 219 29 73 366 439 510 71 (1000) 613 14 38 (100) 63 97 (200) 736
 (5000) 803 10 906 18 42 90. 14,122 82 (200) 94 237 (500) 50 308
 45 53 94 572 85 613 20 55 97 762 73 831 79 (100) 90 (200) 964
 73. 15,032 64 110 80 81 94 (100) 201 23 61 359 434 77 96 543
 89 91 649 79 85 807 23 937 (500) 79. 16,045 47 57 98 124 97
 233 40 (1000) 65 (1000) 391 93 493 503 (2000) 37 68 619 46 61
 62 796 906 41 55. 17,005 32 97 191 93 99 (200) 305 11 (500) 25
 (100) 71 542 640 722 66 894 (100) 908 55. 18,011 35 45 (100)
 89 140 90 98 213 22 25 58 62 372 99 (100) 483 (100) 514 55 (100)
 622 60 66 723 51 840 81 906 87. 19,028 40 (500) 94 107 22
 200 83 88 95 386 (100) 416 66 573 607 42 (500) 792 96 830 52
 95 913 44.

20,037 43 (100) 44 69 84 102 34 53 (500) 88 275 (1000) 370 73
 439 68 78 84 512 19 67 617 25 764 (100) 94 843 (500) 74 92 908.
 21,044 218 39 74 304 37 57 99 474 500 23 29 53 (1000) 600 93
 701 9 (100) 68 (200) 868 80 964 77 78 83. 22,002 41 122 (100) 215
 92 302 (500) 25 411 23 41 (1000) 55 591 95 (100) 644 48 64 96
 746 55 858 83 909 19 (100) 79 80. 23,005 (100) 58 (100) 128 31
 67 (100) 210 15 26 (100) 531 675 85 89 723 850 908 26 53.
 24,065 73 97 121 41 215 331 57 (100) 480 511 607 65 745 68
 800 3 (1000) 52 941 48. 25,087 171 208 43 394 (200) 402 26 (200)
 512 87 608 (500) 841 (100) 56 925 26,031 (200) 49 109 80 200
 305 14 402 593 (1000) 612 13 29 95 (1000) 721 44 90 802 9 14
 916 26 (200). 27,038 63 67 69 81 89 116 95 (100) 234 331 (500) 42
 405 572 618 (1000) 703 818 33 52 89 902 15 (100). 28,013 48
 (200) 51 (100) 69 71 142 (500) 82 96 231 65 427 577 614 (500)
 763 864. 29,059 65 (100) 67 149 225 36 399 438 87 500 7 (200)
 13 686 736 (100) 51 853 88 960 (200).

30,002 40 113 72 280 91 309 50 63 87 93 455 78 85 685 767 83
 877 (100) 915 46 51 57 78 85. 31,007 43 67 129 217 (100) 301 94
 95 410 49 77 (500) 534 45 92 602 19 39 43 71 88 98 791 931.
 32,069 243 302 402 54 56 78 80 94 535 57 60 65 95 632 62 768 81
 (100) 883 908 23. 33,076 (100) 126 38 76 (100) 201 22 (1000)
 386 440 86 580 92 706 69 97 820 (1000) 918 28. 34,027 41 46
 (100) 106 31 280 92 96 349 88 91 424 76 77 85 510 (100) 65 691
 (2000) 752 (200) 62 (200) 894 97 911 84 94 95 (200). 35,005 61
 121 54 83 216 21 24 333 426 522 41 60 86 (200) 628 43 93 (100)
 746 (100) 53 (100) 76 802 51 72 (100) 907. 36,011 114 51 217
 52 332 59 99 (200) 452 505 10 16 (500) 61 82 626 50 89 (100)
 784 840 52 59 62 926. 37,065 69 81 157 66 71 210 32 94 (500) 385
 (1000) 424 46 50 64 535 41 99 621 64 778 809 67 909. 38,092 98
 103 (100) 53 71 211 29 38 65 311 80 (200) 411 94 583 656 (1000)
 721 55 806 55 981 88. 39,104 (500) 8 53 (200) 286 329 32 449
 96 (500) 533 615 83 716 20 836 39 984.
 40,026 31 34 40 42 84 276 338 91 501 31 620 33 34 71 737 (100)
 87 837 67 933. 41,047 132 52 247 73 (100) 91 300 475 95 500 65 82
 626 38 78 751 (100) 811 27 99 954. 42,041 89 99 125 (100) 80 200 3
 81 306 (100) 49 75 78 406 10 61 565 (500) 605 56 97 734 846 (200) 58

919 73. 43,050 79 172 (100) 223 38 67 73 321 41 78 483 542 65 82
 90 608 702 812 62 983 (500). 44,014 37 94 137 38 89 222 47 (200) 58
 306 15 422 35 88 91 539 92 (100) 96 614 45 85 (1000) 724 (200) 934.
 45,101 81 (100) 263 79 400 25 35 (100) 570 (100) 75 91 621 38 740
 973 88 97 (100). 46,017 93 316 480 518 81 99 768 86 95 815 903 (100)
 12 48 61 83 98. 47,006 39 107 64 291 316 58 483 761 (100) 810 12
 21 29 (200) 63 919. 48,025 40 105 (1000) 70 222 72 89 340 83 424 33
 86 628 771 (1000) 800 13 49 961 71 78. 49,029 50 195 232 323 448
 96 511 33 608 28 29 967 (2000) 85.

50,007 21 95 305 (100) 12 17 52 76 93 458 524 59 87 89 704
 37 818 78 950 76. 51,052 117 (200) 31 (100) 95 204 5 21 322 40
 81 435 514 (100) 68 85 (200) 643 71 73 832 55. 52,084 108 73
 219 26 34 43 78 83 381 401 7 577 (100) 603 (100) 72 725 48 85
 804 (100) 86 97 950 57 65 66 83 (500). 53,064 99 110 216 70 314
 436 85 513 30 80 700 88 840 85 923 33. 54,026 63 70 160 201
 43 (1000) 49 88 470 (100) 71 539 84 95 657 (200) 69 877 96 (1000)
 946 80. 55,012 24 176 234 72 83 96 303 (200) 6 52 426 56 511
 661 75 729 (100) 800 12 22 40 47 919. 56,063 120 56 92 212
 (100) 24 (100) 38 75 86 338 71 82 479 521 74 (200) 48 611 12 13
 67 82 727 833 98 946 51 68. 57,002 48 147 222 316 (100) 431
 77 (5000) 539 (100) 92 614 30 725 (100) 72 (200) 859 68. 58,002
 (200) 15 148 61 64 80 233 37 (2000) 60 (1000) 314 67 407 (100) 39
 55 88 560 91 (500) 644 76 726 812 (100) 51 924 (1000) 38 (1000)
 69 (1000) 90. 59,049 70 (500) 107 34 (1000) 42 50 55 204 342 478
 87 96 652 701 2 51 86 91 99 (200) 800 981 89 (100).

60,037 40 461 (100) 567 659 86 (1000) 790 96 846 55 63 67
 935 44. 61,011 (100) 24 171 99 235 63 (200) 308 14 15 27 42 459
 (100) 584 601 58 701 (500) 49 94 814 90 960 85. 62,081 125
 30 37 44 237 64 66 314 (1000) 35 557 69 (200) 97 628 67 84 754
 60 73 884 909 13 56 (100) 60 (500) 66 70. 63,004 80 191 239 96
 (200) 311 (500) 457 81 516 75 78 629. 64,019 143 248 94 314
 54 493 (100) 503 (100) 18 19 611 27 33 75 76 (200) 762 76 813
 78 80 909 51 69 84. 65,072 121 248 (1000) 369 72 406 76 524
 95 99 641 731 60 64 824 906 69 97. 66,002 42 68 104 66 78
 303 33 418 19 99 (100) 508 21 53 727 40 846 909 26 (500) 47 49
 95 96 (100). 67,049 86 177 246 55 310 411 (100) 507 31 54 90
 627 82 756 859 84 966 75. 68,015 33 157 (200) 62 234 309 36
 414 16 95 580 632 (100) 34 44 51 61 71 95 98 710 13 47 55 87
 (10,000) 895. 69,001 254 (200) 310 41 50 61 (100) 75 406 56 501
 24 48 63 (100) 625 61 64 95 715 83 94 821 23 63.

70,059 73 124 84 345 75 456 543 67 81 90 (500) 99 603 712
 66 70 (100) 850 (2000) 62 922. 71,028 58 148 80 238 47 71 84 96
 (500) 300 14 37 493 (200) 533 64 712 37 38 61 819 66 (200).
 72,017 77 192 284 88 370 401 38 53 (100) 620 63 729 84 801 57
 997. 73,017 21 23 53 139 39 82 202 50 624 70 730 40 (200) 89
 948. 74,000 52 166 71 88 229 32 42 (100) 83 88 302 63 70 98 416
 48 (200) 58 (100) 63 94 505 80 83 (5000) 612 35 738 818 21 41 71
 941 72 82 93. 75,052 (100) 55 113 (100) 23 266 73 94 312 62 (100)
 71 449 89 559 (500) 95 601 30 43 717 848 900 10 (100) 51 65.
 76,206 10 58 318 48 419 (200) 562 64 89 666 84 866 909. 77,011
 67 69 216 (100) 24 (200) 418 25 83 (200) 86 568 642 61 (100) 72
 733 63 853 55 923 62 71 (200). 78,067 125 70 267 310 32 400
 38 62 79 555 67 91 604 7 (200) 44 55 90 96 734 51 (100) 854
 925 70 98. 79,058 161 201 19 25 66 86 320 428 30 515 21 29
 56 629 753 58 825 38 41 54 55 943 (200) 85 (200) 90.

80,063 71 78 147 328 41 418 71 504 16 (100) 94 601 6 12 38 710
 17 45 74 78 803 67. 81,013 83 149 227 (100) 319 36 86 444 76 (100)
 73 (200) 526 611 738 (100) 93 800 (100) 61 82 960. 82,016 (200) 53
 336 41 481 504 7 10 33 43 94 (100) 681 784 (100) 810 43 65 74 80
 908 21. 83,000 29 (200) 70 77 248 (200) 65 408 49 71 98 591 603 12
 (500) 16 54 85 707 43 60 62 (10

